

# Deutsche Rohstoffinteressen in Afrika und das Beispiel Kongo

von Jürgen Wagner

Afrika ist nicht zuletzt aufgrund seines Rohstoffreichtums zum Objekt der Begierde und damit zunehmend auch und gerade Schauplatz deutscher Interessenspolitik geworden. Diesem Thema widmete sich ausführlich ein Mitte August 2013 von der CDU-nahen „Konrad Adenauer Stiftung“ (KAS) veröffentlichter Sammelband mit dem Titel „[Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe](#)“. In dem Bericht wird massiv gefordert, sich stärker um afrikanische Rohstoffe zu bemühen, während gleichzeitig für Armut und Unterentwicklung auf dem Kontinent primär lokale Faktoren verantwortlich gemacht werden. Demgegenüber beschäftigt sich der ebenfalls kürzlich erschienene „[Africa Progress Report 2013](#)“ kritisch mit den Folgen westlicher Rohstoffausbeutung am Beispiel des Kongo.

## Rohstoffe und Interessenspolitik

An der Notwendigkeit, Rohstoffe stärker in den Blick zu nehmen, lässt Günter Nooke, der persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, in seinem KAS-Beitrag keine Zweifel aufkommen: „Das Interesse Deutschlands: Unsere Exportwirtschaft ist mehr als jede andere auf freien Handel und ein ausreichendes Angebot an Rohstoffen zur Versorgung der Industrie angewiesen.“ Afrika komme dabei eine zunehmende Bedeutung zu: „Fast die Hälfte der 54 Staaten des afrikanischen Kontinents wird zu Recht als rohstoffreich bezeichnet. Hier wurden und werden auch in den nächsten zehn Jahren mit der Vergabe von Explorations- und Abbaulizenzen Weichen für Jahrzehnte gestellt.“

Auffällig ist, dass militärpolitische Maßnahmen zur Rohstoffkontrolle in dem Sammelband keine Erwähnung finden. Vielmehr sieht man vor allem die Entwicklungspolitik in der Pflicht, „geeignete“ Rahmenbedingungen für die deutschen Unternehmen zu schaffen. Erste positive Schritte in diese Richtung seien Nooke zufolge bereits unternommen worden: „Unsere Entwicklungszusammenarbeit widmet sich stärker als früher der Umfeldgestaltung für Privatinvestitionen; in mehreren Ländern sind Berater im Rohstoffbereich tätig.“

Gleichzeitig mangelt es nicht an Lippenbekenntnissen, man sorge sich auch sehr um das Wohlergehen der lokalen Bevölkerung. Allerdings sieht man die Hindernisse für eine gerechtere Verteilung der Rohstoffeinnahmen nahezu ausschließlich bei den Regierungen vor Ort. Diese Kernbotschaft, dass Afrikas Probleme primär hausgemacht seien, wird im Fazit der beiden KAS-Mitarbeiter Sebastian Barnet Fuchs und Christian Hübner folgendermaßen transportiert: „Ob Rohstoffe Fluch oder Segen bringen, entscheidet vor allem die Politik vor Ort.“

Eine lange Liste von – an sich nicht einmal falschen – lokalen Problemen präsentieren Stormy-Annika Mildner und Julia Howald, beide von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“: „Viele [Entwicklungsländer] weisen schlechte oder nicht funktionierende Institutionen, weit verbreitete Korruption, Rentierverhalten und Misswirtschaft, massive Einkommensunterschiede in der Bevölkerung, hohe Armut vor allem in den ländlichen Gegenden und ein erhöhtes Risiko von Konflikten und Gewaltausbrüchen innerhalb ihrer Gesellschaft auf. Häufig fließt nur ein

Bruchteil des Steuerpotenzials in die Staatskassen. Umwelt- und Ressourcenschutz sowie soziale Aspekte werden oft vernachlässigt, wichtige Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur unterbleiben und die Einnahmen aus der Rohstoffförderung kommen nur wenigen zugute. Die Liste der rohstoffreichen Länder, die sich mit internen

Konflikten konfrontiert sehen, ist lang: die DR Kongo, der Sudan und Angola sind nur einige der prominenteren Beispiele.“

Allerdings ist es wohlfeil, die Verantwortlichkeit derart abzuwälzen und selbst die Hände in Unschuld zu waschen. Bei aller Kritik an vielen Regierungen auf dem Kontinent, die westliche Politik ist mindestens ebenso schädlich – etwa im Kongo.

## Kongo: Ungerechte Rohstoffausbeutung

Um kaum ein anderes Land hat sich die „internationale Gemeinschaft“ derart intensiv bemüht, wie um den Kongo. Allein vier Einsätze der sog. „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) fanden dort statt, zwei davon dauern bis heute an. Darüber hinaus ist in dem Land die mit Abstand größte UN-Truppe – MONUSCO mit etwa 22.000 Mann – stationiert, die zunehmend offensiver gegen Gruppen vorgeht, die gegen die Regierung kämpfen.

Was neben dem Bürgerkrieg auch noch floriert, sind augenscheinlich die Profite multinationaler Konzerne, die sich die desolote Situation des Landes zunutze machen. So untersuchten verschiedene Nichtregierungsorganisationen die Vertragsabschlüsse des kongolesischen Staates mit zwölf internationalen Bergbau-Unternehmen. Die 2008 veröffentlichten Resultate waren ernüchternd und veranschaulichten, weshalb sich Präsident Joseph Kabila im Westen bis heute großer Beliebtheit erfreut: „Von den 61 begutachteten ‚Joint Venture‘-Verträgen wurde hier kein einziger als akzeptabel bewertet, 38 hingegen als revisionsbedürftig und 23 als nicht verhandelbar, also aufzulösen. Nicht weniger als zwei Drittel der Verträge waren in den Jahren 2003 bis 2006 abgeschlossen worden, also während der Interimsregierung.“ ([afrika-bulletin Jan./Feb. 2008](#))

Viel hat sich an diesen Ausbeutungsmechanismen leider nicht geändert, wie aus dem kürzlich erschienenen „[Africa Progress Report 2013](#)“ zum Thema „Gerechtigkeit mit Rohstoffen“ hervorgeht. In der [Pax Christi-Pressemitteilung](#) zum Bericht wird Jean Djamba von der Pax Christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika folgendermaßen zitiert: „Die Studie ‚Gerechtigkeit mit Rohstoffen‘ legt die Finger auf offene Wunden. Sie zeigt z.B. auf, dass multinationale Konzerne durch Rohstoffausbeutung doppelt so viele Geldmittel aus Afrika abziehen, als durch sogenannte Entwicklungshilfe den Kontinent erreichen. Am Beispiel der Demokratischen Republik Kongo wird dargestellt, wie Briefkastenfirmen für Schürfrechte ‚einen Pappenstiel‘ bezahlen und diese in Einzelfällen in Steueroasen kurz darauf mit hohem Profit weiter veräußern.“ Exemplarisch seien fünf Fälle ausgewählt worden und obwohl die kongolesische Regierung zugesagt habe, bei der Vergabe künftig transparenter und stärker im Interesse der Bevölkerung (bzw. der Staatskasse) vorzugehen, seien die Resultate weiterhin schockierend: „Allein für die fünf untersuchten Verträge beläuft sich der Verlust für den Kongo auf 1,36 Mrd. Dollar. Eine aufschlussreiche Bezugsgröße zu solchen Summen sind die 698 Mio. Dollar, die der kongolesische Staat derzeit für Gesundheitsfürsorge und Bildung ausgeben kann und die Tatsache, dass im Kongo 17 von 100 Kindern sterben bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen.“